

## Versicherer wollen Maklerprovisionen geheim halten

Bürgerliche verhindern die Modernisierung des Versicherungsgesetzes. Der Hauptgrund dürfte die geforderte Transparenz bei Kickbacks an Makler sein.

Von **Andreas Valda, Bern**

Wenn Kunden beispielsweise eine Privathaftpflicht- oder eine Lebensversicherung abschliessen, erhält der Vermittler von der Versicherung in der Regel zwei Provisionen: eine einmalige für den Abschluss und eine jährliche, sogenannte Bestandespflege- oder Superprovision, sofern er den Kunden bei der Stange hält. Diese Vergütungen sind geheim. Der Versicherte soll beim Vertragsabschluss durch zum Teil hohe Summen «nicht irritiert» werden. Diese Geheimniskrämerei aber kritisieren Konsumentenschützer. Ein Versicherungsnehmer muss erfahren, ob er einen echten Makler (bezahlt vom Kunden) oder einen Agenten (bezahlt von der Versicherung) vor sich hat und welche Rückzahlungen diesen beeinflussen.

Der Bundesrat nahm diese Kritik ernst. Im September 2011 legte er nach acht Jahren ausufernder Beratung durch interne und externe und Expertenkom-

missionen den Entwurf für ein modernisiertes Versicherungsvertragsgesetz (VVG) vor. Dies, um einen «gutschweizerischen Kompromiss» zu schmieden, wie Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf gestern im Parlament erklärte. Alle, auch Versicherer, waren bis zuletzt an Bord. In einer Totalrevision sollte - neben vielen anderen Punkten - die Pflicht zur Offenlegung der Vermittlerprovision und ein Verbot von Superprovisionen verankert werden. Gestern nun erlitt das Vorhaben Schiffbruch. Der Ständerat wies mit bürgerlicher Mehrheit, wie zuvor der Nationalrat, die Vorlage an den Bundesrat zurück mit dem Auftrag, sie drastisch abzuspecken.

### Ominöse Studie über Kosten

Was hinter den Kulissen passierte, ist nicht restlos geklärt, insbesondere die Kehrtwende des Schweizerischen Versicherungsverbandes (SVV) nicht. «Offensichtlich hat dieser Verband bis vor der ersten Kommissionssitzung im Parlament mit der Verwaltung zusammengearbeitet, dann aber seine Meinung plötzlich um 180 Grad geändert», sagte Kommissionssprecher und Ständerat Konrad Graber. Tatsache ist, dass der SVV die bürgerliche Ratsseite mit einer geheimen Studie der Uni St. Gallen verunsicherte, die die Umstellungskosten auf 1,1 Milliarden Franken schätzte plus jährliche Folgekosten von 700 Millionen Franken. Auftraggeber war der SVV. Darin Einblick erhielten nur einige ausgewählte Parlamentarier, darunter der Schwyzer SVP-Ständerat Alex Kuprecht und der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Kaufmann.

Dieses Vorgehen verärgerte Finanzministerin Widmer-Schlumpf sichtlich: «Der Versicherungsverband hat irgendwelche Zahlen in die Welt gesetzt, hat

sich aber geweigert, der Kommission und uns oder irgendjemandem diese Unterlagen zu geben, um die Kostenschätzung nachvollziehen zu können», sagte sie gestern und bat Kuprecht, ihr die Studie zu übergeben, was dieser in Aussicht stellte. Das Finanzdepartement schätzt die Folgekosten der Gesetzesrevision auf 10 Millionen Franken.

Die Spannweite zwischen 10 Millionen und 1,1 Milliarden Franken ist riesig, doch selbst eine Milliarde wäre im Verhältnis zum Umsatz der Branche keine Überraschung. Immerhin gehe es «um ein jährliches Prämienvolumen von 56 Milliarden Franken, dies notabene bei einer Schadenssumme von 41 Milliarden Franken», sagte Prisca Birrer-Heimo, Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), im Dezember im Nationalrat. «Das dazwischen ein hübsches Sümmchen ist, das nicht nur für Verwaltung draufgeht, das wissen wir alle.»

So dürften vor allem handfeste finanzielle Interessen der Versicherer zur Rückweisung geführt haben. Sie sind bestens vernetzt mit rund einem Dutzend in ihrem Sold stehenden Volkstretern, darunter Kuprecht als «Relation Manager» der Baloise. Insbesondere ist ihnen die Offenlegung der Provisionen ein Dorn im Auge. Der Rechtsprofessor für Versicherungsrecht an der Uni Freiburg, Stephan Fuhrer, bestätigt, die vorgeschlagene Regelung zu Provisionen sei «heiss umstritten». «Das war wohl der Grund, weswegen der Rückweisungsantrag gestellt wurde», sagte SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. Bei Sachversicherungen betragen die Provisionen rund 15 Prozent der Prämie, beim Abschluss von Lebensversicherungen «Tausende von Franken», wie der «Ktipp» kürzlich nachwies.



S. Leutenegger.



A. Kuprecht.